

Resolution des Bundeskongresses für Forstwirtschaftliche Zusammenschlüsse an die politischen Entscheidungsträger Berlin, 8./9. September 2026

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Bundeskongresses blicken mit Sorge auf die aktuellen forstpolitischen Weichenstellungen. Waldeigentümer und Forstwirtschaftliche Zusammenschlüsse (FWZ) sichern mit ihrer Arbeit vielfältige Leistungen der Wälder für das Gemeinwohl und stehen zugleich vor der großen Aufgabe des klimaangepassten Waldumbaus. Zunehmende Regulierung und Bürokratie erschweren diese Aufgabe.

Wir brauchen mehr Vertrauen in das Handeln der Waldbesitzenden und weniger Vorschriften für die forstliche Praxis und diejenigen, die generationenübergreifend die Verantwortung tragen.

Unsere Kernforderungen an die Politik:

1. Vertrauen, Wertschätzung und Förderung

Waldbesitzende und ihre Zusammenschlüsse verfügen über die Kompetenz, um in Eigenverantwortung ihre Wälder nachhaltig zu bewirtschaften und an den Klimawandel anzupassen. Ihre vielfältigen Ökosystemleistungen kommen dem Gemeinwohl zugute und brauchen verlässliche politische und finanzielle Rahmenbedingungen. Die GAK muss dafür als tragendes Fundament der Waldförderung finanziell gestärkt und an die wachsenden Aufgaben der FWZ angepasst werden.

2. W-VO: Klimaangepassten Waldumbau ermöglichen

Die Umsetzung der EU-Wiederherstellungsverordnung (W-VO) darf den notwendigen Waldumbau nicht erschweren. Klimaresilienz muss das Leitprinzip sein: Dynamische Waldentwicklungstypen mit standortgerechten und klimaangepassten Baumarten statt starrer historischer Referenzzustände. Das Verschlechterungsverbot darf den Waldumbau nicht ausbremsen. Zusätzliche Leistungen für Biodiversität, Klima- und Ressourcenschutz sind vorrangig über Kooperation, Freiwilligkeit und angemessene finanzielle Anreize umzusetzen.

3. EUDR: Rechtssichere Vereinfachungen statt unangemessener Sanktionen

Die EU-Vereinfachungen der EU-Verordnung über Entwaldungsfreie Produkte (EUDR) müssen national rechtssicher umgesetzt werden. Die vereinfachte, einmalige Erklärung der Waldbesitzenden mit Angabe der Betriebsadresse und die Möglichkeit anerkannter Forstbetriebsgemeinschaften eine Meldung für ihre gesamte Mitgliedsfläche abzugeben, sind gesetzlich zu verankern. Keine nationalen Verschärfungen bei Sanktionen: Bußgelder und Strafen müssen verhältnismäßig sein. Kontroll- und Eingriffsbefugnisse sind auf das notwendige Maß zu begrenzen.

4. Kein nationales „Gold-Plating“ europäischer Vorgaben

Europäische Vorgaben müssen verhältnismäßig, rechtssicher und praxistauglich umgesetzt werden. Jede zusätzliche nationale Belastung für Waldbesitzende und FWZ ist zu vermeiden.

5. Bürokratie abbauen und Praxis-Check verbindlich machen

Gesetze, Richtlinien und Förderprogramme müssen konsequent vereinfacht werden. Administrative Lasten dürfen weder ehrenamtliche noch hauptamtliche FWZ-Strukturen überfordern. Wir fordern einen verbindlichen Praxis-Check für alle forst- und umweltrelevanten Regelungen.

Waldeigentümer und ihre Zusammenschlüsse sind auf dem Weg, den Waldumbau aktiv zu gestalten. Dafür brauchen sie Vertrauen, Rechtssicherheit und verlässliche politische Rahmenbedingungen. Die Erfahrungen der forstlichen Praxis müssen bei politischen Entscheidungen konsequent einbezogen werden. Nur gemeinsam sichern wir klimaresiliente Wälder, nachhaltige Waldbewirtschaftung und starke ländliche Räume!

**Gezeichnet: Die Vertreterinnen und Vertreter der teilnehmenden Forstwirtschaftlichen
Zusammenschlüsse des Bundeskongresses 2026**